

Verband kommunaler Unternehmen e.V.
German Association of Local Public Utilities

Büro Brüssel 9-31,
Avenue des Nerviens, 1040 Bruxelles
Fon +32 2 740 16 50
infobruessel@vku.de
www.vku.de/bruessel

Direkt zur [Themenseite Europa](#):



Kreislaufwirtschaft etablieren durch effektive Finanzierung

Kommunale Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetriebe in Deutschland sorgen für ein saubereres Stadtbild, sowie die Vermeidung und schnelle Beseitigung von Müll. Dabei haben sie sich in den vergangenen Jahren zu einer Kreislaufwirtschaft im europäischen Sinne entwickelt, bei der immer weniger Ressourcen als Abfälle den Kreislauf verlassen, sondern als Sekundärrohstoffe dem Kreislauf erhalten bleiben. Dafür ist ein nachhaltiges Finanzierungsmodell ausschlaggebend.

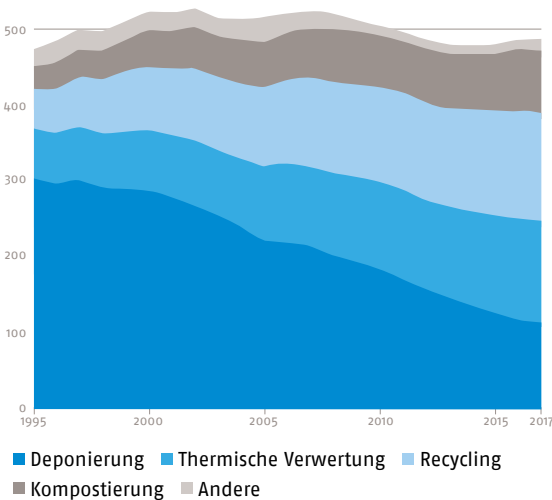
Die Abfallwirtschaft in Europa ist jedoch noch von erheblichen Unterschieden geprägt. Während in einem Teil der Mitgliedstaaten ein Deponieverbot für Hausmüll oder eine starke Einschränkung der Deponierung herrscht und das Recycling gefördert wird, befinden sich andere Länder noch im Aufbau einer flächendeckenden geordneten Abfallentsorgung. Um dieser Kluft entgegen zu wirken hat die EU bereits legislative Maßnahmen getroffen. Nun gilt es diese stringent in den Mitgliedstaaten umzusetzen. Es ist zu beobachten, dass insbesondere EU-Staaten mit starken kommunalen Strukturen (z.B. Deutschland, die skandinavischen Staaten, Österreich, Belgien, Niederlande oder Luxemburg) hohe Recyclingleistungen aufweisen.

Der VKU empfiehlt deshalb:

- **Mitgliedstaaten müssen nachhaltige Finanzierungsmodelle für eine effektive Abfallwirtschaft einführen.**
- **Finanzierung in die Kreislaufwirtschaft muss sich an der fünfstufigen Abfallhierarchie orientieren.**

Entwicklung der Siedlungsabfallbehandlung in der EU-28, 1995 – 2017

Angaben kg pro Kopf



Quelle: Eurostat 2019

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) vertritt rund 1.460 kommunalwirtschaftliche Unternehmen in den Bereichen Energie, Wasser/Abwasser, Abfallwirtschaft sowie Telekommunikation. Mit mehr als 260.000 Beschäftigten wurden 2016 Umsatzerlöse von knapp 114 Milliarden Euro erwirtschaftet und rund 10 Milliarden Euro investiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen haben im Endkundensegment große Marktanteile in zentralen Versorgungsbereichen (Strom 60 Prozent, Erdgas 65 Prozent, Trinkwasser 88 Prozent, Wärmeversorgung 72 Prozent, Abwasserentsorgung 43 Prozent). Sie entsorgen jeden Tag 31.500 Tonnen Abfall und tragen entscheidend dazu bei, dass Deutschland mit 66 Prozent die höchste Recyclingquote in der Europäischen Union hat. Die kommunalen Unternehmen versorgen zudem mehr als sechs Millionen Kunden mit Breitbandinfrastrukturen. Sie investieren in den kommenden Jahren mehr als eine Milliarde Euro in digitale Infrastrukturen von Glasfaser bis Long Range Wide Area Networks (LoRaWAN) in den Kommunen und legen damit die Grundlagen für die Gigabitgesellschaft.

Abfallwirtschaft



Direkt zur [Themenseite Europawahl](#)





Breitbandanschluss – Teil moderner Daseinsvorsorge

Ein schneller Breitbandanschluss ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe aller Bürger, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Nur mit einem möglichst flächendeckenden Gigabitnetz lassen sich Industrie 4.0, Smart City und Autonomes Fahren umsetzen. Die Kommunen und kommunalen Unternehmen stellen dafür vor Ort die Weichen. In Deutschland versorgen sie bereits über sechs Millionen Kunden mit Glasfaserinfrastruktur.

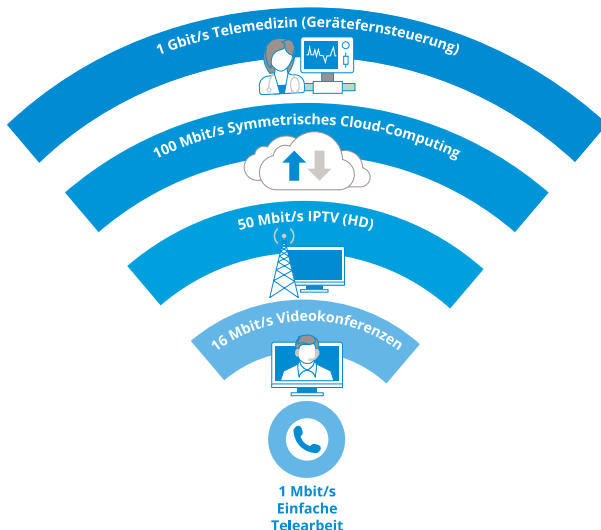
Die Gigabitgesellschaft gibt es nur mit Glasfaser. Um den flächendeckenden Aufbau einer Glasfaserinfrastruktur in ganz Europa voranzutreiben, müssen deshalb kommunale Unternehmen im gleichen Umfang wie andere Marktteilnehmer auf Fördermittel zurückgreifen können.

Faire und verantwortungsvolle Datenwirtschaft

Daten sind die Basis für die europäische Ökonomie des 21. Jahrhunderts. Auch die öffentliche Daseinsvorsorge entwickelt sich mit effizienter Datennutzung weiter, beispielsweise für eine intelligente Steuerung der Stadt der Zukunft. Ein Schlüssel zum Erfolg ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit sensiblen Daten. Kommunale Unternehmen genießen hier zu Recht großes Vertrauen seitens der Bürger. Das gilt es zu bewahren!

Kommunale Unternehmen haben eine besondere Verantwortung für ein hohes Datenschutzniveau. Sie verfügen über sensible Daten der Bürger und müssen als Betreiber kritischer Infrastrukturen die IT-Systeme vor Cyberangriffen schützen. Alle datenschutzrechtlichen Initiativen auf EU-Ebene müssen eine Balance finden, einerseits ein hohes Schutzniveau zu sichern, andererseits digitale Innovationen zu ermöglichen.

Breitband – Daseinsvorsorge 4.0



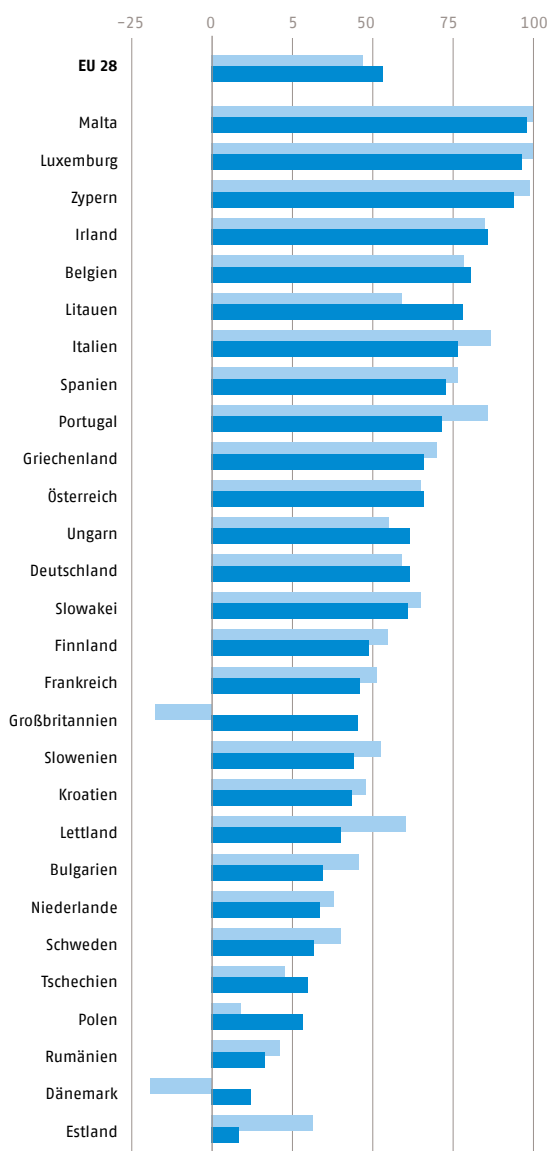
© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)



Energie-Abhängigkeitsrate in der EU

in Prozent der Energie-Einfuhren am gesamten Energieverbrauch

■ 2020 ■ 2016



Quelle: Datenbank Eurostat © Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

Energiewende ganzheitlich denken und voranbringen

Um die Energiewende im europäischen Maßstab umzusetzen, kann die Erdgasinfrastruktur eine Schlüsselrolle für die Dekarbonisierung der Energieversorgung spielen. Erneuerbare Energien und regelbare Gaskraftwerke können sich hervorragend ergänzen. Sie sind komplementär. Zudem bietet Erdgas kurzfristig erhebliche Potenziale zur CO₂- und Schadstoffminderung, sowohl im Verkehrs- als auch im Wärmebereich. Wichtig sind dafür positive Anreize, sodass innovative Technologien, wie Power-to-Gas oder Wasserstoff, es möglich machen, große Teile des überschüssigen Stroms aus Erneuerbaren-Anlagen in „grünes Gas“ umzuwandeln.

Die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe ist konsequent auszubauen, um die EU-Energie- und Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen. Gefragt sind neue Investitionen und das Engagement einer Vielzahl von Infrastruktur-Partnern. In Deutschland werden gut die Hälfte aller E-Ladepunkte und die meisten der etwa 800 Erdgastankstellen durch kommunale Unternehmen betrieben. Gerade in vorstädtischen und ländlichen Gebieten kommt ihnen eine entscheidende Rolle zu. Damit in den nächsten Jahren eine flächendeckende Ladeinfrastruktur sowie ein leistungsfähiges Tankstellennetz für Wasserstoff und Erdgas entstehen kann, muss der europäische Rechtsrahmen angepasst werden.

Ebenso können Wärmenetze einen erheblichen Beitrag zur Energiewende im Gebäudebereich leisten, gerade in Ballungsgebieten. Die Voraussetzungen vor Ort sind unterschiedlich: Mancherorts bestehen Abwärme- oder Geothermie-Potentiale, andernorts ist dies schwieriger. Diesen Besonderheiten gilt es, politisch Rechnung zu tragen. Das Zusammenspiel von Netz und Erzeugung ermöglicht eine hohe Effizienz, weshalb eine Dritteinspeisung – anders als bei Strom und Gas – nicht ohne weiteres sinnvoll ist. Zudem lassen sich durch quartiersbezogene Konzepte mehr Potenziale erschließen als durch gebäudebezogene. Dies muss die europäische Gesetzgebung berücksichtigen.

- **Konventionelles und grünes Gas müssen Teil der Energiewende sein.**
- **Die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe ist konsequent auszubauen.**
- **Zur Dekarbonisierung des Gebäudebereichs sind Wärmenetze stärker zu berücksichtigen.**
- **Regulatorische Hemmnisse für Sektorenkoppelung müssen abgebaut werden.**



EU-Wasserrahmenrichtlinie weiterentwickeln

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zielt darauf ab, den Zustand der Gewässer in der EU zu verbessern. Sie hat sich als Rahmeninstrument bewährt und sollte unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips weiterentwickelt werden. Allerdings sollten die bereits geltenden Umweltstandards beibehalten und umgesetzt werden.

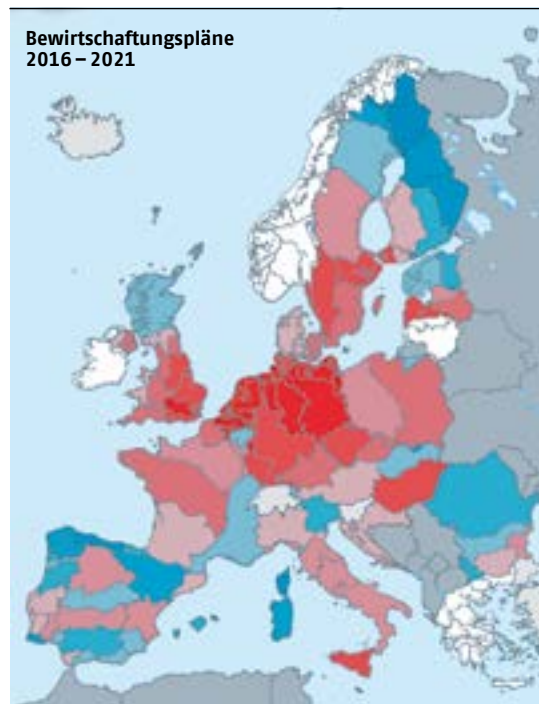
Voraussetzung für einen erfolgreichen Schutz der Trinkwasserressourcen ist die Harmonisierung der EU-Wassergesetzgebung, darunter Trinkwasserrichtlinie und Kommunalabwasserrichtlinie. Zudem muss sich EU-Gesetzgebung insgesamt mehr an den Zielen der WRRL orientieren. Das gilt besonders für Maßnahmen bei Landwirtschaft, Industrie und Verkehr sowie bei Zulassungsverfahren von Pestiziden oder Arzneimitteln. Bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU müssen die Ziele des Gewässerschutzes stärker berücksichtigt werden. Entstehen der kommunalen Wasserwirtschaft durch Umweltauswirkungen anderer Nutzer zusätzliche Kosten, müssen sie nach dem Verursacherprinzip einbezogen werden.

In Bezug auf die Anpassung an den Klimawandel sollte die WRRL auf den Prüfstand gestellt werden. Häufiger auftretende Starkregenereignisse sind bereits heute eine besondere Herausforderung für kommunale Unternehmen. Dürreperioden erfordern eine langfristige Wasserressourcenplanung. Hierbei muss der Vorrang der Trinkwasserversorgung vor anderen Nutzungen gelten.

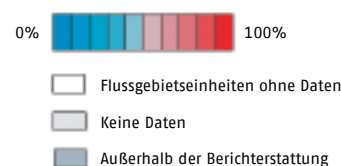
Für die Überprüfung der Wasserrahmenrichtlinie empfiehlt der VKU:

- **Die Wasserrahmenrichtlinie muss über 2027 hinaus als Grundlage für die Gewässerbewirtschaftung weiterentwickelt werden. Die Umweltziele müssen beibehalten werden.**
- **Die relevanten EU-Rechtsakte müssen harmonisiert und auf die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie ausgerichtet werden.**
- **Die Wasserrahmenrichtlinie muss dazu beitragen, dass Einträge von Schad- und Nährstoffen unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips frühzeitig reduziert werden.**

Zustand der Gewässer in europäischen Flussgebietseinheiten



Prozentsatz der Anzahl der nicht in gutem ökologischem Zustand befindlichen Wasserkörper pro Flussgebietseinheit



Quelle: Europäische Umweltagentur 2018

© Verband kommunaler Unternehmen (VKU)

